

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 23.02.2022

Dringlichkeitsantrag für die Vollversammlung am 23.02.2022

Klimaschutz- und Umweltaspekte bei der Standardisierten Bewertung berücksichtigen!

Antrag

Der Oberbürgermeister wird darum gebeten, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Klima- und Umweltaspekte bei der Neufassung der Standardisierten Bewertung im Schienenpersonenverkehr ausreichend berücksichtigt werden. Dazu ist es unabweisbar, auch begleitenden Maßnahmen zur Stärkung des Umweltverbundes (sogenannte „Push-Maßnahmen“) in die Gesamtbewertung einzustellen. Das ist erforderlich, um die Verlagerung von motorisiertem Individualverkehr auf den ÖPNV in der Gesamtbewertung angemessen zu berücksichtigen. Dem dazu vorliegenden und vom Bundesverkehrsministerium beauftragten Gutachtervorschlag sollte gefolgt werden.

Begründung

Die „Standardisierte Bewertung für Schienen-ÖPNV-Projekte“ ist ein Verfahren zur gesamtwirtschaftlichen Nutzen-Kosten-Untersuchung von ÖPNV-Projekten. Die Bewertung zeigt, ob das Vorhaben gesamtwirtschaftlich vorteilhaft ist, der Nutzen also die Kosten übersteigt. Mit der Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes 2019 gab es einen Anlass, die Verfahrensanleitung für die Standardisierte Bewertung von ÖPNV-Projekten zu überarbeiten. Nach Informationen des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ist der Antrag dringlich, da die entsprechende Verfahrensanweisung im Bundesministerium für Digitales und Verkehr bis Mitte März abgeschlossen werden könnte. Dazu wäre nach den vorliegenden Informationen kein Kabinettsbeschluss mehr notwendig.

Nach dem derzeit vorliegenden Entwurf wäre die U9 sowie die U5-Verlängerung nach Pasing voraussichtlich nicht förderfähig. Um die Förderfähigkeit dieser und zukünftiger Münchner ÖPNV-Projekte sicherzustellen, sind bei der Standardisierten Bewertung alle Maßnahmen zu betrachten, die den Umweltverbund stärken. Das erfordert neben Anreizen für den ÖPNV („Pull-Maßnahmen“) auch sogenannte „Push-Maßnahmen“, um die Chancengerechtigkeit der anderen Verkehrsarten gegenüber dem MIV zu erhöhen (u.a. durch Umverteilung des Verkehrsraums, Parkraummanagement, ÖPNV-Vorrang). Diese sind im vorliegenden Entwurf nicht ausreichend berücksichtigt.

